



# Regierungsrat des Kantons Uri

## Auszug aus dem Protokoll

20. Februar 2018

### **Nr. 2018-86 R-151-24 Parlamentarische Empfehlung der CVP-Fraktion (Andreas Bilger, Seedorf) zu Unterstützung der Olympiakandidatur Sion 2026; Antwort des Regierungsrats**

#### **I. Ausgangslage**

Am 13. Dezember 2017 reichte Andreas Bilger, Seedorf, zusammen mit Zweitunterzeichner Daniel Furrer, Erstfeld, eine Parlamentarische Empfehlung zu Unterstützung der Olympiakandidatur Sion 2026 ein. Darin wird der Regierungsrat ersucht, sein Bekenntnis zugunsten der Olympiakandidatur Sion 2026 abzugeben und sich - soweit möglich - auch dahingehend zu äussern, in welchen Bereichen die Unterstützung konkret erfolgen könnte. Der Hintergrund für die Empfehlung ist, dass die Kantone durch das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) eingeladen wurden, bis Ende März 2018 eine Vernehmlassung abzugeben betreffend Beiträge des Bunds an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele Sion 2026.

Zur Begründung des Vorstosses erwähnt der Erstunterzeichner, dass die Schweiz 1928 und letztmals 1948 in St. Moritz Olympische Winterspiele durchgeführt hat. Die Kandidatur für die Winterspiele Sion 2006 sei nur knapp gescheitert. Eine Kandidatur Sion 2026 wäre positiv und würde wohl von einem grossen Teil der Schweizer Bevölkerung begrüsst. Sie böte nach über 70 Jahren Chancen, umso mehr als mit dem Wallis und Bern zwei touristische Nachbarkantone in der Nähe von Andermatt involviert seien. Sowohl Haupt- und Nebenveranstaltungen könnten die Wirtschaft und den Tourismus in Uri und Ursern stärken. Die Schweiz habe Erfahrung in sportlichen Grossanlässen (Fussballeuropameisterschaft 2008). Mit dem dezentralen Konzept könnten Winterspiele auf bestehenden Strukturen aufbauen. Deshalb erwarte die CVP-Fraktion, dass sich Uri positiv ausspricht. Uri solle die Spiele unter anderem mittels infrastrukturellen und personellen Leistungen unterstützen.

#### **II. Antwort des Regierungsrats**

##### **A. Allgemeines**

Die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele Sion 2006 unter Federführung von Altbundesrat Adolf Ogi hat in der Schweiz eine Welle der Begeisterung ausgelöst. Aus finanziellen und umweltpolitischen Gründen erreichten jedoch in den vergangenen Jahren verschiedene potenzielle Austragungsorte von Olympischen Winter- oder Sommerspielen keine Volksmehrheit. So zogen Lillehammer, München, Innsbruck und Hamburg ihre Bewerbungen wieder zurück. Die Kandidatur Sion 2026

strebt ein pragmatisches Konzept ohne Gigantismus an. Vorgesehen ist, vorhandene Infrastrukturen zu erneuern, nachzurüsten und allenfalls zu ergänzen. Im Sinn der Nachhaltigkeit sollen diese nach den Spielen weiter betrieben werden. Für die Zentralschweiz könnte die Teilnahme bedeuten, dass die Disziplin Skispringen in Engelberg ausgetragen würde.

#### B. Vernehmlassung des Bundesrats und Empfehlung des Bundesamts für Sport

Nach Auffassung des Bundesrats ist die finanzielle und technische Machbarkeit des Olympiaprojekts gegeben, sofern eine Volksmehrheit zustande kommt. Mit dem dezentralen Konzept könnten zum grossen Teil bestehende Anlagen genutzt werden. Der Bundesrat beauftragte deshalb am 18. Oktober 2017 das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, ein Vernehmlassungsverfahren betreffend Olympische und Paralympische Winterspiele Sion 2026 durchzuführen. Er will den eidgenössischen Räten vier Kreditbeschlüsse unterbreiten: Kredit an die Kandidatur (8 Millionen Franken), Kredit an die Durchführungskosten der Winterspiele (827 Millionen Franken), Sicherheitskosten der Kantone (44 Millionen Franken) und Finanzhilfen an olympische, nationale Sportanlagen (30 Millionen Franken).

Das Bundesamt für Sport und der oberste Dachverband des Schweizer Sports, Swiss Olympic Association, gaben eine positive Stellungnahme zuhanden der Kantone ab. Auch die kantonalen Sportbeauftragten nahmen die Unteralgen zur Bewerbung Sion 2026 positiv auf. Allerdings beruhen die Finanzkennzahlen noch auf Erfahrungswerten und Schätzungen und bedürfen weiterer Abklärungen. Offene Fragen betreffen vor allem die Sicherheitskosten, die in den vergangenen Jahren - auch im Hinblick auf die Terrorabwehr - grössere Ausmasse angenommen haben. Bei positivem Ausgang der Entscheidungen wird Swiss Olympic das Dossier Sion 2026 offiziell beim Internationalen Olympischen Komitee einreichen.

#### C. Vernehmlassungsantwort des Kantons Uri

Mit Beschluss vom 20. Februar 2018 hat der Regierungsrat seine Vernehmlassungsantwort verabschiedet. Darin begrüsst er grundsätzlich eine Kandidatur für Olympische und Paralympische Spiele in der Westschweiz. Der Zusammenhalt zwischen Romandie und Deutschschweiz würde gestärkt. Mit der unmittelbaren Nähe zum Wallis und der Langlauf-Austragungsstätte Ulrichen ergäben sich wirtschaftlich-touristische Chancen für Uri. Das Urserntal könnte sich als Gästedestination profilieren, und die Sportanlagen könnten für Trainingszwecke und für die Vorbereitung der Olympischen Wettkämpfe genutzt werden. Allerdings setzt die Kandidatur für den Regierungsrat die Zustimmung zu den Kreditvorlagen des Bunds, der Kantone und der Privaten voraus, damit die Finanzen im Gleichgewicht bleiben. Zudem hat der Regierungsrat seiner Erwartung Ausdruck verliehen, dass die Schweiz nachhaltige Spiele veranstaltet. Die Spiele sollen auf bestehenden Strukturen aufbauen und in bescheidenem bzw. vernünftigem Rahmen abgehalten werden. Im Sinn der eingereichten Parlamentarischen Empfehlung ist der Regierungsrat bereit, Gesuche und Anfragen der Organisatoren entgegenzunehmen. Er ist bereit, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten finanzielle, personelle und infrastrukturelle Unterstützungen zu prüfen.

### III. Empfehlung des Regierungsrats

Der Regierungsrat empfiehlt dem Landrat, gestützt auf vorgängige Überlegungen, die Empfehlung zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Parlamentarischen Empfehlung); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Kultur und Sport; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion; Volkswirtschaftsdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. B. C.', written over the printed name 'Der Kanzleidirektor'.